



HESSISCHER LANDTAG

03. 09. 2013

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend SPD versucht mit durchsichtigem Wahlkampfmanöver von eigener Blockadehaltung und Steuererhöhungsorgie abzulenken

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die Regierungskoalitionen von CDU und FDP auf Bundes- und Landesebene in den vergangenen Jahren wichtige Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuerkriminalität umgesetzt haben. Allein in dieser Legislaturperiode hat Deutschland 36 Doppelbesteuerungs- und Informationsaustauschabkommen nach OECD-Standard abgeschlossen. In der vergangenen Legislaturperiode waren es sechs Abschlüsse. Das trägt dazu bei, Steueroasen Schritt für Schritt trockenlegen. In Hessen wurde im Zeitraum von 2005 bis 2011 das Personal in den Außendiensten der Finanzämter um 16 % gesteigert. Unser Bundesland nimmt bei der Anzahl der Betriebsprüfungen und der Prüfung von höheren Privateinkommen bundesweit einen Spitzenplatz ein. Das im April 2013 vorgestellte Fünf-Punkte-Programm des Landes zur Bekämpfung von Steuer- und Wirtschaftskriminalität sieht vor, in den kommenden Jahren weitere 105 Steuerfahnder und Betriebsprüfer einzustellen. Damit ist die hessische Steuerverwaltung sehr gut aufgestellt.
2. Der Landtag stellt fest, dass es sich bei dem von der SPD nun vorgelegten "Entwurf eines Gesetzes zur effektiveren Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuerflucht" um eine Sammlung von abgeschriebenen Bundesratsinitiativen anderer Bundesländer und die Kopie eines Bundesratsantrages des Landes Hessen aus dem Jahr 2007 handelt.
3. Der Landtag kritisiert dieses offenkundige Wahlkampfmanöver der SPD und wertet es als einen Versuch, von der eigenen Blockadehaltung gegen Einnahmeerhöhungen für das Land Hessen und von der geplanten Steuererhöhungsorgie von SPD und Grünen abzulenken.
4. Der Landtag erneuert seine im Entschließungsantrag vom 28.02.2013 (Drs.18/7079) gefasste Kritik an der rot-rot-grünen Blockadehaltung im Bundesrat gegen die Abschaffung der kalten Progression und das von der Bundesregierung ausgehandelte Steuerabkommen mit der Schweiz. Ohne diese Blockade der rot-rot-grün-geführten Länder würden Kapitalerträge Deutscher in der Schweiz jetzt genauso besteuert wie im Inland. Steueransprüche auf Kapitalanlagen in der Vergangenheit würden nicht weiter verjähren, sondern konsequent durchgesetzt. Seit Beginn dieses Jahres wären Monat für Monat die Einnahmen aus der Abgeltungsteuer aus der Schweiz nach Deutschland überwiesen worden. Durch das Scheitern des Steuerabkommens mit der Schweiz entgehen Hessen Schätzungen zufolge bis zu 700 Mio. € an Einmalzahlungen und 49 Mio. € an jährlichen Einnahmen.
5. Der Landtag erneuert seine im Entschließungsantrag vom 14.05.2013 (Drs. 18/7362) festgestellte Kritik an den Steuererhöhungsplänen von SPD und Grünen. Die Umsetzung dieser steuerpolitischen Ziele hätte eine massive Mehrbelastung für die Mitte der Gesellschaft und für Familien sowie die Gefährdung von bis zu zwei Millionen Arbeits-

plätzen in unserem Lande zur Folge. Folgende Steuer- und Abgabenarten sollen erhöht, neu eingeführt oder geändert werden:

- Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 49%,
- Abschaffung des Ehegattensplittings,
- Einführung einer Vermögensteuer bzw. -abgabe,
- Erhöhung der Erbschaftsteuer,
- Reduzierung der Kinderfreibeträge,
- Abschaffung der Pendlerpauschale,
- Abschaffung der Mini-Jobs,
- Einführung eines Wassercentes,
- Einführung einer Sand- und Kiessteuer,
- Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze für die Krankenversicherung,
- Einführung einer Zwangseinheitsversicherung,
- Einbeziehung der freien Berufe in die Gewerbesteuer,
- Erhöhung der Abgeltungsteuer,
- Erhöhung der Dieselbesteuerung,
- Einführung einer CO₂-Steuer,
- Abbau von Ausnahmen bei der Ökosteuer,
- Einführung einer Tütensteuer,
- Einführung einer Kerosinsteuer,
- Erhöhung der Heizölbesteuerung,
- Erhöhung der Steuern auf Dienstwagen,
- Erhöhung der Mehrwertsteuer bei Fast Food, Schnittblumen, Skiliften u. v. m.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 3. September 2013

Für die Fraktion der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Dr. Wagner (Lahntal)

Für die Fraktion der FDP
Der Fraktionsvorsitzende:
Greilich